

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 25.02. – 01.03.2013



SPD

Inhalt

1. Wohnen muss bezahlbar sein
2. Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften
3. Initiative für einen Mindestlohn
4. JA zum NPD-Verbot
5. SPD: Energiewende gestalten
6. Wasser ist ein öffentliches Gut!
7. Vermittlungsausschuss: SPD stärkt Verbraucherrechte



Wohnen muss bezahlbar sein

Jeder kennt das aus seiner eigenen Umgebung und besonders auch von jüngeren Familienmitgliedern und Studierenden: Vielen droht die Verdrängung aus den Innenstädten wegen ständig steigender Mietpreise. Das Problem ist sehr vielschichtig. Es hat mit dem demografischen Wandel, der Re-Urbanisierung, teilweise mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen, aber auch mit steigenden Mietspiegeln zu tun. Die Situation von Mieterinnen und Mietern hat sich unter Schwarz-Gelb dramatisch verschlechtert. Das Programm „Soziale Stadt“ wurde um die Hälfte, weitere Städtebauförderungs-Programme um 20 Prozent (gegenüber 2009) gekürzt. Obwohl die Energiekosten stetig steigen, wurde auch der Heizkostenzuschuss gestrichen. Dies trifft insbesondere Rentnerinnen und Rentner, Geringverdiener und Alleinerziehende, die deshalb häufiger Arbeitslosengeld II beantragen müssen. Die Liste ließe sich leider noch fortsetzen.

Wir wollen den **Anstieg der Mietpreise begrenzen** und haben daher am Donnerstag zwei Anträge in den Bundestag eingebracht (für den Antrag „**Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt**“ bitte [hier klicken](#). Den Antrag „**Bezahlbare Mieten in Deutschland**“ finden Sie [hier](#)). Nicht nur die Mietpreise müssen erschwinglich bleiben, sondern auch die energetische Sanierung sowie der familien- und altersgerechte Umbau von Häusern und Wohnungen müssen gefördert werden. Das hat etwas mit Gerechtigkeit und auch mit der sozialen Durchmischung in den Wohnquartieren (Stichwort Gentrifizierung) zu tun.

Wir setzen bei der Problemlösung unter anderem auf den **genossenschaftlichen Wohnungsbau** und wollen dieses Modell ausbauen. Außerdem soll es **Kostenbegrenzungen** geben. Zum Beispiel wollen wir zukünftig verhindern, dass die

Kosten für eine energetische Sanierung einseitig auf die Mieter umgeschlagen werden können. Natürlich werden wir dann in Regierungsverantwortung auch den **Heizkostenzuschuss** wieder einführen und die **Mietpreiserhöhung bei Neuvermietung** auf ein sozial verträgliches Maß begrenzen.

Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften



Mit Verwunderung haben wir in dieser Woche den Modernisierungsschwenk einiger Konservativer in Sachen Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften verfolgen dürfen. Kaum entscheidet das Bundesverfassungsgericht zu Gunsten der Gleichstellung, ist auch Frau Merkels Tross dafür. Seltsam nur, dass dieselben Christdemokraten und christsozialen Abgeordneten zuvor alle Initiativen zur Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare blockiert haben, egal ob sie von SPD, Grünen, Linken oder gar von der FDP kamen. Das ist unglaublich, Frau Merkel!

Ein **Gesetz zur steuerlichen Gleichstellung der Lebenspartnerschaften** im Jahressteuergesetz 2013 wurde noch am 17. Januar von den Regierungskoalitionären abgelehnt. Im Bundesrat haben die SPD-geführten Bundesländer heute einen neuen Gesetzentwurf eingebracht und mit rot-grüner Mehrheit in der Länderkammer beschlossen. Nun kommt das Gesetz auch in den Bundestag und die CDU kann zeigen, wie ernst es ihr mit der Gleichstellungspolitik tatsächlich ist. Wir sind gespannt.

Initiative für einen Mindestlohn

Auch hier gab es bisher lediglich Lippenbekenntnisse von Schwarz-Gelb zu „Lohnuntergrenzen“ und „branchenspezifischen Mindestlöhnen“. Fehlanzeige allerdings bei Taten, das heißt konkreten Gesetzesvorlagen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns daher entschlossen, den Weg über den Bundesrat zu nehmen und dort eine **Initiative für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro** zu starten. Anschließend soll das Gesetzesvorhaben dann auch im Plenum des Bundestages abgestimmt werden. Damit wollen wir den Druck auf die Regierung Merkel in Sachen Mindestlohn erhöhen, denn es geht hier um weitaus mehr als angemessene Lohnzahlungen. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem oder ihrem Lohn leben können! Es darf nicht sein, dass man nach acht Stunden Arbeit oder mehr am Tag noch zum Amt laufen muss um Aufstockung zu beantragen, weil es für die Miete und zum Leben nicht reicht, von drohender Altersarmut einmal ganz zu schweigen!



JA zum NPD-Verbot

Auch bei diesem wichtigen Thema zögert und zaudert die Bundesregierung. Während die SPD seit Jahren ein Verbot der rechten NPD fordert, ist sich Merkels Truppe uneinig. In dieser Woche hörten wir erst von Bundesinnenminister Friedrich, er befürworte einen eigenen Verbotsantrag; Dann ruderte er zurück. Die Justizministerin wusste anscheinend von nichts und die Kanzlerin hielt sich -wie immer- bedeckt.

Damit muss Schluss sein! Der Deutsche Bundestag muss endlich einem Verbotsantrag zustimmen. Es darf nicht sein, dass der braune Sumpf weiterhin auf Steuerzahlerkosten Kampagnen auf Schulhöfen finanziert! Die meisten Experten

befürworten übrigens ein Verbotsverfahren ebenfalls, da sie es für ausreichend gut vorbereitet halten. Am Ende darf die NPД keinen Platz mehr in einen demokratischen Rechtsstaat haben.

SPD: Energiewende gestalten



Gerecht, transparent und sozialverträglich – so möchten wir die Energiewende in Deutschland gestalten. In den *Aktuellen Hauptstadtinfos* haben wir bereits mehrfach über das Jahrhundert-Projekt Energiewende informiert. In der letzten Ausgabe haben wir das Regierungs-Chaos angeprangert und sowohl auf den notwendigen Netzausbau als auch auf das mangelhafte Management der Energiewende hingewiesen.

Nun legt die SPD-Fraktion in einer großen Anfrage nach. Sie trägt den Titel „Die Energiewende - Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen“ ([zur Anfrage geht es hier](#)). Ziel der Anfrage ist es, endlich Antworten von der Bundesregierung zu bekommen, wie es um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in unserm Land tatsächlich steht, wie es mit der EEG-Umlage weitergeht und wie es um Umweltbelastungen und Preisstabilität an den Strommärkten wirklich bestellt ist.

Auch die europäische Dimension der Energiewende lassen wir nicht außer Acht und haben einen Antrag gestellt „Die europäische Energieeffizienzrichtlinie wirkungsvoll ausgestalten“ ([mit einem Klick zum Antrag](#)). Unter anderem wollen wir die Einführung von Energieeffizienzfonds auf nationaler Ebene für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindlich machen. In einen weiteren Antrag „Zukunft des Energie- und Klimafonds und der durch ihn finanzierten Programme“ erwarten wir von der Regierung, endlich Kostenwahrheit in puncto Erlöse aus dem Energie- und Klimafonds zu betreiben ([für den Antrag bitte hier klicken](#)).

Die Energiewende wird uns nicht nur bis zum Wahlkampf thematisch begleiten, sondern weit darüber hinaus. Alle müssen mitarbeiten, damit dieses Jahrhundert-Projekt gelingt! Wir werden versuchen, Euch stets über die neusten Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten, denn gerade für unsere Region Nordhessen ist ein Gelingen der Energiewende unabdingbar.

Wasser ist ein öffentliches Gut!

Mit einem Antrag ([für den Antrag bitte hier klicken](#)) wollen wir die kommunalen Versorgungsunternehmen stärken und fordern die Bundesregierung auf, die Ausschreibungspflicht bei Dienstleistungskonzessionen besonders im Bereich der Wasserversorgung energisch abzulehnen. Kurz vor der anstehenden Entscheidung über die EU-Konzessionsrichtlinie muss die Bundesregierung alles tun, um die Gewährleistung des Gemeinwohls in öffentlicher Hand zu sichern. Es darf nicht dazu kommen, dass Lizenzen, auch für unsere kommunale Wasserversorgung, beispielsweise die Kasseler Stadtwerke, europaweit ausgeschrieben werden. **Unser lebenserhaltender Grundstoff Wasser darf kein Handelsobjekt werden!** Wir erleben es beim Öl und Gas wie man Märkte beeinflusst. Wasser gehört zur Daseinsfürsorge des Staates nicht nur in Deutschland und deshalb wollen wir, dass die Kommunen eine gute Wasserversorgung dauerhaft sicherstellen können! Portugal wurde bereits dazu gezwungen und die Verbraucher dort müssen nun den vierfachen Wasserpreis zahlen. Wir wollen unsere gute Qualität des Wassers erhalten und wollen nicht, dass der Wasserpreis zukünftig am Börsenkurs hängt. Auch die SPD-EU-Abgeordneten werden weiterhin dafür kämpfen, dass öffentliche Wasserversorgung dauerhaft aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgekommen wird. Sollte die konservativ angeführte Mehrheit im Europäischen Parlament dies nicht akzeptieren, werden wir auch bei der Plenarabstimmung gegen die gesamte Richtlinie stimmen.

Vermittlungsausschuss: SPD stärkt Verbraucherrechte

Datenschutzfreundliches Melderecht dank SPD:

Datenschutz ist und bleibt ein brandaktuelles Thema. Nachdem die schwarz-gelbe Koalition dem Datenschutz im letzten Jahr einen schweren Schlag versetzt hatte, konnten wir unser Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger einlösen und ein datenschutzfreundliches Melderecht mit Hilfe der Länderkammer auf den Weg bringen.

Grund dafür, dass es nun eine bürgerfreundliche Einwilligungslösung statt der datenschutzfeindlichen Widerspruchslösung von Schwarz-Gelb gibt, ist maßgeblich auch den SPD-geführten Ländern im Bundesrat zu verdanken. Ursprünglich waren die Merkel-Koalitionäre vor der Adresshandelslobby eingeknickt und hatten den Bürgerinnen und Bürgern zumuten wollen, dass bei Auskünften zu Werbezwecken keine Einwilligung des Verbrauchers mehr notwendig sei sondern im Gegenteil einem solchen Missbrauch erst aktiv widersprochen werden müsste! Obwohl



die Regierung versuchte, den Debattenpunkt im Plenum spätabendlich einfach durchzuwinken, kam es zu massiven Protesten, die von der SPD unterstützt wurden. Das Melderecht landete im Vermittlungsausschuss und dort zeigte sich nun, dass die SPD-Mehrheit im Bundesrat eine konstruktive Lösung zu Gunsten aller Bürgerinnen und Bürger gefunden hat. **Wir sind froh, dass wir damit unser Versprechen, für mehr Datenschutz zu kämpfen, einlösen konnten und es nun das datenschutzfreundlichste Melderecht gibt, das es in der Bundesrepublik je gab.**

Keine Kürzungen bei Kapital-Lebensversicherungen für Versicherte:

Ebenfalls im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat landete die geplante Neuregelung zur Dividendenausschüttung bei Lebensversicherungen. Schwarz-Gelb wollte hier durchboxen, dass die Versicherungsnehmer einseitig die Folgen der niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt tragen sollten. Unsere A-Länder haben das verhindert und im Vermittlungsausschuss mit der SPD-Mehrheit erreicht, dass es bei der bisherigen Praxis zur Ausschüttung von Bewertungsreserven bleibt. Bürgerinnen und Bürger können damit auch in Zukunft auf die Sicherheit und die Rendite ihrer Vermögensanlage und Altersvorsorge vertrauen.

Unser Tipp:

- **Deutscher Bürgerpreis 2013: „Engagiert vor Ort : mitreden, mitmachen, mitgestalten!“** Der bundesweit größte Ehrenamtspreis wird auch in diesem Jahr wieder vergeben. Mehr Informationen gibt es unter www.deutscher-buergerpreis.de.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia